

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/21

30. Januar 1974

Abschied von Klaus Dieter Arndt

"Eine der großen politischen Begabungen der
Bundesrepublik"

Von Willy Brandt
SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Seite 1 / 32 Zeilen

Europa und die realen Fakten

Aber von einem "Zerfall" der EG kann keine Rede sein

Seite 2 und 3 / 57 Zeilen

Diskussionsbeitrag: Tempo 120 reicht für die Autobahn

Auch die EG sollte Entscheidung für Verkehrssicher-
heit treffen

Von Wolfgang Schwabe MdB
Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses des
Bundestages

Seite 4 und 5 / 48 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 28
Telex: 68 66 649 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

30. Januar 1974

Abschied von Klaus Dieter Arndt

"Eine der großen politischen Begabungen der Bundesrepublik"

Von Willy Brandt

SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Zum Tode des stellv. SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Dr. Klaus Dieter Arndt, schrieb Willy Brandt diesen Brief an Frau Arndt:

Sehr verehrte, liebe Frau Arndt,

am Sonntag, als ich in Berlin war, habe ich Ihnen keinen Trost spenden, sondern nur versichern können, daß wir - meine Freunde und ich - mit allen guten Gefühlen bei Ihnen seien.

Heute ist es nun meine traurige Pflicht, Ihnen mein, der Bundesregierung und der politischen Freunde, tiefempfundenes Beileid auszusprechen. Meine Frau hat mich gebeten, auch in ihrem Namen zu kondolieren. Wir möchten, wenn wir es können, Ihren Schmerz mittragen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat einen ihrer bedeutendsten Wirtschaftspolitiker und eine ihrer großen politischen Begabungen verloren. Der Bundesregierung hat er in den Jahren 1966 bis 1970 als Parlamentarischer Staatssekretär unschätzbare Dienste erwiesen. Ende 1972 hatte ich ihn gefragt, ob er in meine jetzige Regierung eintreten wolle; er zog es vor, was ich respektiere, einstweilen seine Arbeit auf sein Institut, den Bundestag und das Europäische Parlament zu konzentrieren.

Persönlich war ich mit Ihrem Mann seit 25 Jahren verbunden. Ich stehe in seiner Schuld nicht zuletzt wegen der Hilfe, die er mir schon in den schwarzen Berliner Jahren gewährt hat.

Sagen Sie bitte den Kindern: daß sie stolz sein können auf ihren Vater, und daß vieles von dem, worum er sich bemüht hat, weiterwirken wird bei denen, die Menschlichkeit und Vernunft auf ihre Fahne geschrieben haben.

In mittrauernder Verbundenheit Ihr Willy Brandt

(-/30.1.1974/ks/ee)

+ + +

Europe und die realen Fakten -----

Aber von einem "Zerfall" der EG kann keine Rede sein

Zugegeben: Es ist nicht leicht, Krisen lange zu ertragen. Insbesondere dann nicht, wenn ein Orkan über die Gemeinschaft hinweggeht, wie z.B. das Ausscheren Frankreichs aus dem europäischen Floatingblock. Die harten Auseinandersetzungen um den EG-Regionalfonds und die mangelnde Solidarität in der Energiekrise haben sicher mit dazu geführt, in Brüssel einen Hauch von Resignation aufkommen zu lassen. Aber, so muß man fragen, ist damit der Zerfall der Gemeinschaft eingeleitet worden? Hier schon steckt ein Denkfehler. Die europäische Gemeinschaft ist noch nicht vollendet, sie wird aufgebaut mit sehr viel Geduld, aber auch mit sehr viel Rückschlägen. Die Römischen Verträge, Ansätze zu einer späteren politischen Union, sind noch bei weitem nicht erfüllt, so z.B. auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Verkehrspolitik, um nur einige Sparten zu nennen. Alle Bereiche der Integration, die in den Verträgen nicht mit einem Termindruck versehen oder die später durch den Ministerrat nicht unter ein zeitliches Erfüllungslimit gestellt worden sind, bleiben der Gefahr nationaler Egoismen ausgesetzt. Weil das so ist, und der "europäische Gerichtsvollzieher" fehlt, der die Erfüllung der Verträge erzwingen kann, lebt die Gemeinschaft im Aufbau in einer ständigen Krise oder, besser gesagt, in einer ständigen Gefahr.

Einer der Gründe des permanenten europäischen Schnecken tempos war eine EG-Außenministerkonferenz der alten Sechs im Jahre 1962 in Paris, die damals den Durchbruch zur politischen Union bringen sollte. Viel zu weitgehende Forderungen der Beneluxländer und restriktives Verhalten des französischen Präsidenten de Gaulle mit allen Folgen, die wir heute noch spüren, brachen den jungen europäischen Baum. Die politische Idee eines "Gesamtwurfes" zerrann; was blieb, waren die berüchtigten Marathonsitzungen mit der Soll- und Habenmethode als dem Maß aller europäischen Dinge. Aber trotzdem: Die Integration ging, wenn auch langsam, voran. Die Gemeinschaft hat Frankreichs "leeren Stuhl" 1965/66 längst überwunden, der Agrarmarkt zeigt sich - trotz aller

30. Januar 1974

Einschränkungen - relativ stabil, Bundesaußenminister Walter Scheel führt, um zu den jüngsten Ereignissen zurückzukehren, als Ratspräsident der EG nach Washington zur Energiekonferenz. Hier spricht die Gemeinschaft also mit einer, wenn auch vielleicht nicht lauten Stimme. Die Kritiker, die, mit gutem Recht, die Entwicklung der Integration vorentreiben wollen, sollten jedoch nicht vergessen, daß jeder Ratsbeschluß, der zu gemeinsamen Aktionen führt, ein Fortschritt ist. Schließlich wird man abzuwägen haben, welche Ergebnisse der vorbereitende Verfassungsausschuß für die Politische Union bringen wird, den die Bundesrepublik zu Beginn ihrer Ratspräsidentschaft im Januar 1974 vorgeschlagen hat und der in der Ministerrunde breite Zustimmung fand.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle eine europäische Bilanz aufzumachen. Sicherlich käme zur Zeit - wohlgernekt zur Zeit - ein Minus zum Vorschein. Das gestörte Verhältnis innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion drückt seinen Stempel noch zu sehr auf die jüngste Entwicklung. Wer aber wagt denn schon jetzt die Prognose, daß z.B. ein redlicher Kompromiß in der Frage des Regionalfonds oder der starke Einfluß des Europäischen Gewerkschaftsbundes bei der Sozialpolitik - die bereits jetzt, sozusagen in aller Stille, überdeckt vom Lärm um die Regionalpolitik, einen wesentlichen Schritt nach vorn gemacht hat -, nicht ein Impuls für die EG ist?

Es ist zudem keine Frage, daß die schwerfälligen europäischen Institutionen mit ihrer oft übertriebenen Bürokratie selbst einen Hemmschuh für den europäischen Fortschritt bilden. Hier wäre sicher ein wenig Besinnung angebracht. Aber die Zügigkeit der Integration hängt doch weitgehend vom Rat der Minister der neun Mitgliedsstaaten ab. Nationale Interessen konkurrieren mit europäischen Wünschen. Daß dabei oft überdrehte Nationalismen obliegen, liegt an der Prozedur und am politischen Willen. Da dieser aber nicht immer auf die Integration gerichtet ist, dauert der Aufbau der Gemeinschaft länger als Ungeduldige ertragen können. Was wir zur Zeit registrieren, ist eine erhebliche Bremsung auf dem Wege zum europäischen Staatenbund. Aber von einem Zerfall zu sprechen, wäre übertrieben. Das hat man sogar in Paris und London begriffen.

Hendrik van de Kerken
(-/30.1.1974/ks/pr)

+ + +

Diskussionsbeitrag: Tempo 120 reicht für die Autobahn

Auch die EG sollte Entscheidung für Verkehrssicherheit treffen

Von Wolfgang Schwabe MdB

Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Fast schneller als die Autos zur Zeit fahren, folgen in Presse, Rundfunk und Fernsehen die Stellungnahmen von Einzelpersönlichkeiten, Behörden und Organisationen zur Frage der amtlich verordneten Geschwindigkeitsbegrenzungen. Politikern gegenüber wird im Augenblick die monatelang vorherrschende Frage nach dem "Wie" des § 21a in den Hintergrund gedrängt durch die intensive Befragung, ob es noch lange beim "Tempo 100" bleiben soll.

Da erscheint es geboten, die Antwort nicht von irgendeinem Podest herunter zu geben und noch viel weniger im Namen einer Organisation, solange es von dieser keine klare Sachentscheidung gibt. Also nicht als Mitglied und Ehrennadelträger des ADAC; nicht als Vorsitzender eines Landesverkehrsverbandes oder als Vizepräsident des Deutschen Fremdenverkehrsverbandes; auch nicht als langjähriges Verkehrswachtmitglied und schon gar nicht als Mitglied des Bundestages und des Europäischen Parlaments, selbst wenn man in beiden Gremien seit langen Jahren dem jeweiligen Verkehrsausschuß angehört.

Gleichwohl sei einem interessierten Bürger eine Meinungsäußerung zum Thema erlaubt. Ich möchte ganz schlicht sagen, daß - nach genau 45jähriger Aktivität am Steuer, nach zwischenzeitlicher Fahrlehrertätigkeit und aufmerk-
samer Verfolgung der Geschicknisse - sich die Gewißheit gefestigt hat, daß die Verantwortlichen in überschaubarer Zeit den Mut zu weiteren Entscheidungen aufbringen müssen. Nach meiner Auffassung wäre auf Landstraßen das Tempo 100 und auf der Autobahn das Tempo 120 vertretbar und zweckmäßig.

Warum: Die Zahl der Verkehrstoten nähert sich in der Bundesrepublik pro Jahr den zwanzigtausend. Dazu kommen zahlreiche lebenslänglich Schwerstbe-

erschädigte, hunderttausende von mittleren und leicht Verletzten, die insgesamt unsere immer noch unzureichende Zahl von Krankenhaus- und Pflegebetten in besorgniserregender Zahl besetzen. Alle diese Personenschäden und die ungeheure Summe der Materialopfer belasten neben der menschlich-dramatischen Seite des gesamten Volkseinkommen in erheblicher Weise. Kann man dem Einzelnen das "Recht auf Geschwindigkeit" beschneiden? Man hat es seither gebietsweise - in der Stadt, auf Landstraßen usw. - unwiderprochen getan aus reinen Sicherheitsabwägungen. Anders die derzeitige Begrenzung der Geschwindigkeit zwecks Benzinerparnis. Sie müßte konsequenterweise beim Wiedereintritt normaler Treibstoffbelieferung wieder aufgehoben werden. Indessen gilt das Wort: "Not macht erfinderisch" oder, wenn man so will "Der (Nahost)-Krieg ist der Vater aller Dinge!" Wir haben unbezweifelbar erlebt, daß durch die Geschwindigkeitsbegrenzung einige hundert, vielleicht sogar einige tausend Menschen überlebt haben.

Wer viel in den USA gefahren ist, weiß, daß in diesem Land mit seinen Riesentfernungen das 70-Meilen-Gebot (= 112 km) zu einem gleichmäßig-zügigen Verkehrsfluß auf den Überlandstraßen führt. Trotzdem werden neben VW auch Mercedes, BMW und andere Typen erfolgreich exportiert. Was wir im Ringen um die Verkehrssicherheit anstreben müßten, ist eine europäische Solidarität. Der Augenblick ist günstig. Man sollte ihn nutzen. Gegen Streß, gegen Tod und Verletzung, gegen übermäßige Materialzerstörung und gegen überspitzten Benzinverbrauch. Aus diesem Grund wurde in diesen Tagen eine Anfrage an die Kommission der Europäischen Gemeinschaft eingebracht, ob sie im Sinne der oben dargestellten Sachlage tätig zu werden gedenkt.

(-/ 30.1.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert